Greenpeace Energy

Aus für Mieterstrom?

[08.11.2018] Wenn der Gesetzentwurf zum Energiesammelgesetz unverändert verabschiedet wird, ist das Geschäftsmodell Mieterstrom bedroht. Das befürchtet der Ökostromanbieter Greenpeace Energy.

Im aktuell vorliegenden Referentenentwurf des Energiesammelgesetzes schlägt die Bundesregierung vor, die EEG-Förderung neuer Solaranlagen um bis zu 20 Prozent zu reduzieren. Nach Einschätzung des Ökoenergieanbieters Greenpeace Energy hätte dies fatale Auswirkungen für so genannte Mieterstrommodelle. Die laut Mieterstromgesetz vorgesehene Förderung dieser Anlagen orientiert sich an der EEG-Vergütung. Entsprechend drohen hier Einschnitte von 50 Prozent oder mehr, was viele Projekte unwirtschaftlich machen würde.
Marcel Keiffenheim, Leiter Politik und Kommunikation bei Greenpeace Energy, kommentiert: „Der Entwurf aus dem Hause Altmaier macht den Mieterstrom kaputt – den die Große Koalition gerade mal vor einem Jahr gesetzlich eingeführt hat, damit nicht nur Hausbesitzer, sondern auch Mieterinnen und Mieter von den Vorteilen erneuerbarer Energien profitieren können.“ Der Bundesregierung müsse klar sein, dass sie mit einer solchen Änderung den dringend benötigten Ausbau der Solarenergie in Ballungsräumen wieder abwürge, so Keiffenheim. Der Gesetzgeber sollte deshalb die drohenden Einschnitte beim Mieterstrom so korrigieren, dass die Förderung nicht mehr an die Höhe der EEG-Vergütung gekoppelt werde. Gehe der Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums unverändert durch das Gesetzgebungsverfahren, wäre dies eine Bedrohung für das Geschäftsmodell Mieterstrom.

(al)

Stichwörter: Politik, Greenpeace Energy, Mieterstrom